

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 25 (1946)
Heft: 3

Artikel: Labourpolitik mit Hindernissen
Autor: Keller, F.O.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335388>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialistische Monatsschrift

ROTE REVUE

25. Jahrgang

MÄRZ 1946

Heft 3

F. O. KELLER

Labourpolitik mit Hindernissen

London, im Februar 1946.

In den letzten Januartagen dieses Jahres hat die Parlamentsfraktion der britischen Arbeiterpartei beschlossen, ihre Mitglieder für die nächsten zwei Jahre bei Abstimmungen im Unterhaus von jeder Bindung zu befreien. Bisher war es hier, wie auf dem Kontinent, bei nicht wichtigen Anlässen den sozialistischen Abgeordneten freigestellt, mit «Ja» oder mit «Nein» zu stimmen; bei wichtigen Anlässen hingegen wurde auch hier für eine verbindliche Fraktionsparole entschieden, was die Parteimitglieder sehr oft unter harten Gewissenszwang setzte und manchmal sogar zu offener Rebellion einer kleineren oder größeren Gruppe von Abgeordneten führte.

Der heutige Gesundheitsminister *Aneurin Bevan* hatte sich vor etwa zwei Jahren, zur Zeit der Koalitionsregierung, wegen solch einer offenen Rebellion vor der Parteiexekutive zu verantworten und entging damals nur knapp dem Ausschluß. Ende Dezember 1945 hatte das Unterhaus über die Amerika-Anleihe zu entscheiden. Als Minister konnte Bevan nicht gegen die von der Arbeiterregierung selbst vorgeschlagene Anleihe stimmen, auch wenn er es gewollt hätte. Seine Frau aber, die unter ihrem Mädchennamen bekannte und wie ihr Mann dem linken Flügel der Partei angehörende *Jennie Lie* stimmte mit einigen andern sozialistischen (und konservativen) Abgeordneten gegen die Anleihe und handelte dadurch in schärfster Form wider den Willen der Fraktionsmehrheit. Auch erschien in der Bevan nahestehen-

den Wochenschrift «Tribune» zu jener Zeit ein Leitartikel, der sich gegen die Annahme der Anleihe wendete.

Der Januarbeschluß zeigt, daß die Arbeiterpartei, und damit auch die britische Regierung, sich sehr stark fühlt, ein Gefühl, das angesichts der im Unterhaus bestehenden Majorität von nahezu zwei Dritteln gewiß berechtigt ist. Denn eine Regierung, die von einer so starken Mehrheit von Abgeordneten einer einzigen Partei getragen wird, kann auf normale parlamentarische Weise nicht gestürzt werden, selbst wenn ein kleiner Teil dieser Abgeordneten das eine oder andere Mal gegen sie stimmen sollte. Ist aber ein bedeutender Teil oder gar die Mehrheit der sozialistischen Unterhausmitglieder gegen die eigene sozialistische Regierung, dann wird das nicht Sturz und Ablösung durch den Gegner, sondern nur eine Umbildung zur Folge haben. Die britische Arbeiterregierung ist also mindestens bis zur nächsten Wahl, in ungefähr viereinhalb Jahren, ganz fest und sicher im Sattel. Und das ist eine Tatsache, deren sich Europa und die Welt noch nicht ganz bewußt geworden zu sein scheinen.

Der Beschluß der sozialistischen Unterhausfraktion, ihren Mitgliedern die Abstimmung zunächst durch zwei Jahre hindurch freizugeben, rückt die politische Bedeutungslosigkeit der Konservativen Partei in grellstes Scheinwerferlicht. Denn gegenüber einem entschlossenen, wenn auch schwächeren Gegner, der weiß, was er politisch will, wäre solche Lockerung der Disziplin in den eigenen Reihen gefährlich. Der Beschluß unterstreicht nur eine Tatsache, die schon seit dem Wahlkampf und seit dem Zusammentritt des neuen Parlaments im August des vorigen Jahres offenkundig ist: daß nämlich nicht die Konservative Partei die wahre Opposition ist, daß *Winston Churchill* sein Jahressalär von 2000 £ als Leader von «seiner Majestät getreuer Opposition» nur nach dem formalen, nicht aber nach dem Recht der bestehenden Tatsachen bezieht. Das überlebensgroße Porträt des gewiß immens begabten und verdienten Kriegs-Premiers von Großbritannien, das man vom Wahlkampf her noch in allen Straßen Londons angeschlagen findet, ist eben als Parteiprogramm nicht ausreichend. Die Tories aber haben kein politisches Programm, trotz allen Bestrebungen ihrer jungen «Reformer».

Daß sie es nicht und daß sie auch keine politische Linie haben, zeigte sich zum Beispiel recht deutlich bei der Abstimmung über die Amerika-Anleihe: Im Unterhaus, wo sie in der Minderheit sind, enthielten sie sich (mit wenigen Ausnahmen), der Weisung des Einpeitschers folgend, der Stimme; im Oberhaus haben die konservativen Lords natürlich eine überwältigende Mehrheit, dort hätte ihre Haltung den Anleihebeschluß gefährden können, aber gerade dort stimmten die Konservativen, ebenfalls der Wei-

sung des Einpeitschers folgend, mit «Ja». Sie waren, von den erwähnten Ausnahmen abgesehen, von vornherein für die Annahme der Anleihe samt den darangeknüpften harten Bedingungen gewesen, und es ist aus diesem Verhalten ganz klar, daß es sich hier nicht um eine prinzipielle politische Stellungnahme, sondern um den Versuch handelte, die Labour Party einem späteren Tadel auszusetzen oder mindestens gegen sie zu demonstrieren.

Die politisch wichtigste Bemerkung, die die Konservativen zu dem Gesetz über die Nationalisierung der «Bank of England» zu machen hatten, kam aus dem Munde Churchills, der erklärte, die Tories würden nicht dagegen stimmen, weil durch das Gesetz die praktisch bereits bestehenden Zustände ohnedies kaum verändert würden. In der jüngsten Debatte über die Nationalisierung der Kohlengruben verrieten die Redner der Konservativen ebenfalls keinerlei politisches Konzept, sondern nur Besorgnis um die Höhe der Kompensation.

Bei deren Festsetzung aber wird die Arbeiterregierung nicht nur die Wünsche der Kohlenmagnaten und der sie vertretenden Tories, sondern auch die Einwendungen der wahren Opposition, der «back-benchers» der sozialistischen Parlamentsfraktion, zu berücksichtigen haben. Und einer dieser «back-benchers», der Kohlenarbeiter *Charles Grey*, der noch vor sechs Monaten unter Tags schuftete und werkte, sagte in einer ausgezeichneten Jungfernrede während der Debatte: «Ich habe niemals an Kompensation, sondern immer an Konfiskation gedacht; und je weniger die Grubenbesitzer bekommen, desto lieber wird es mir sein.»

In den hintersten Bänken auf der Regierungsseite des britischen Unterhauses sitzen nämlich jene jungen, noch unbekannten und noch unerfahrenen, aber auch noch nicht zynischen und noch unverbrauchten Abgeordneten der Arbeiterpartei, die dem neuen Parlament seine so ungewöhnliche Prägung verleihen, Männer mit hartem Willen, neue politische Talente. Die Parlamentsfraktion der britischen Arbeiterpartei hat sich verjüngt, das Durchschnittsalter der Mitglieder ist von 56 im früheren auf 43 Jahre im gegenwärtigen Haus zurückgegangen.

Aber nicht nur die Alters-, auch die soziale Struktur der Fraktion hat sich verändert. In den sichersten Wahlkreisen werden traditionsgemäß nicht nur bewährte politische Führer, sondern noch viel mehr Gewerkschafter portiert. Die unsicheren Posten sind bei den Gewerkschaften weniger begehrt, und in dieser Wahl sind von ihnen nur etwas mehr als ein Viertel der erfolgreichen Kandidaten, nämlich 119, finanziert worden. 23 Abgeordnete gehören den Konsumgenossenschaften an, während der ganze Rest, ungefähr zwei Drittel der insgesamt etwa 400 Mitglieder zählenden sozialistischen Fraktion,

von den örtlichen politischen Organisationen der Arbeiterpartei kandidiert und finanziert wurde. Unter den sozialistischen Abgeordneten gibt es jetzt 165 Handwerker und 132 Intellektuelle¹.

Die Tatsache nun, daß verhältnismäßig weniger Gewerkschafter und verhältnismäßig mehr Kandidaten der *politischen* Partei aufgestellt waren und auch durchgekommen sind; die Tatsache, daß es in der sozialistischen Fraktion eine relativ große Zahl, nämlich etwa ein Drittel, von *Intellektuellen* gibt; vor allem aber zweifellos der Rückgang des Durchschnittsalters der Fraktionsmitglieder hat eine Verschiebung des politischen Schwergewichts innerhalb der Arbeiterpartei *nach links* mit sich gebracht. Auf den letzten Bänken zur Rechten des Sprechers, das heißt auf der Regierungsseite, und nicht zu seiner Linken sitzt die wahre Opposition im britischen Unterhaus.

*

Die kuriose Organisationstechnik der britischen Arbeiterpartei hat kuriose politische Folgen. Während in der Parlamentsfraktion, wie erwähnt, die von den lokalen politischen Organisationen unterstützten Unterhausmitglieder ungefähr eine Zweidrittelmehrheit haben, besetzen in der jährlichen Parteikonferenz von *Blackpool*, die die Grundlinien der Politik der Partei festlegt, die Gewerkschafter die entscheidenden Positionen. Die weit- aus überwiegende Mehrheit britischer Sozialisten ist nämlich nicht in den politischen Lokalorganisationen erfaßt, sondern den Gewerkschaften *affiliert*. Und die Gewerkschaften mit ihren Millionen von *affilierten* Mitgliedern können, wann immer es ihnen beliebt, die Delegierten der politischen Organisationen überstimmen – und tun es auch.

Liegt also im Unterhaus das politische Schwergewicht bei den Vertretern der politischen Lokalorganisationen, so liegt es in der Parteikonferenz bei den Gewerkschaften. Daraus ergeben sich gewisse Spannungen, die ihrerseits zu einer Erhöhung jener Spannungen führen, welche ganz naturgemäß zwischen Regierung und Gewerkschaften in einer wenn auch nur teilweise geplanten und dirigierten Wirtschaft entstehen müssen.

Während des Krieges hat es in Großbritannien die «*Essential Works Order*» gegeben, ein Gesetz, das dem Arbeitsminister gestattete, Arbeitskraft zu dirigieren; auch konnte eine Kündigung seitens des Unternehmers und ein Wechsel des Arbeitsplatzes seitens des Arbeiters nur mit

¹ Alle hier angegebenen Ziffern entstammen dem vom «*Labour Research Department*» herausgegebenen «*LRD Fact Service*», Nr. 302, vom 3. August 1945. Diese Ziffern sind inzwischen durch Erhebungen in den Adelsstand, durch Tod und die dadurch bedingten Nachwahlen ungenau geworden. Die Veränderungen sind aber so gering, daß sie füglich vernachlässigt werden dürfen, da sie das Gesamtbild nicht beeinflussen.

Zustimmung des Ministeriums vorgenommen werden. Mit der stufenweisen Aufhebung dieses Gesetzes wurde sofort nach Kriegsende begonnen. Und nun zeigt sich, daß eine der innerpolitischen Hauptschwierigkeiten der britischen Arbeiterregierung, zu deren wichtigsten Programmpunkten natürlich «Vollbeschäftigung» gehört, darin besteht, lebenswichtigen, aber veralteten Industrien mit ungünstigen Arbeitsbedingungen die nötigen Arbeitskräfte zuzuführen, ohne dabei Zwang anzuwenden.

Bibliotheken sind geschrieben, Berge von Zeitungspapier verbraucht worden für die Schilderung der Zustände etwa in der Kohlen- oder in der Baumwoll- und Wollindustrie, deren maschinelle Ausrüstung teilweise noch in die Zeit der industriellen Revolution zurückreicht, deren Arbeitsbedingungen und deren betriebstechnische Organisation gegenüber dem Zeitalter von *Friedrich Engels* nur allzu geringe Fortschritte gemacht haben.

Die Einführung neuer Arbeitsmethoden, die gründliche Verbesserung der maschinellen Einrichtung und der Arbeitsbedingungen, die betriebstechnische Reorganisation dieser Industrien — all das kann nicht schnell genug, kann nicht von heute auf morgen geschehen. Die Arbeitskräfte werden aber heute schon und nicht morgen erst in diesen Industrien gebraucht, die so schnell wie möglich auf volle Produktion gebracht werden müssen, soll nicht der Lebensstandard Großbritanniens tiefer und tiefer sinken, soll nicht die Arbeiterpartei bei der nächsten Wahl geschlagen werden.

Der normale Anreiz guten Lohns allein genügt nicht mehr; die Silikose, die Todeskrankheit der Bergarbeiter, wird durch die bessere Ernährung, die sie sich bei höheren Löhnen beschaffen könnten (vorausgesetzt daß ihre Rationen erhöht werden), nur wenig beeinflußt; die Zeit, die zur Durchführung von Verbesserungen nötig ist, wird auch durch die Nationalisierung nicht wesentlich verringert; die Produktion aber muß gehoben werden, und zwar sofort und nicht erst später: Was also soll eine sozialistische Regierung tun? Sollen die Arbeiter gezwungen werden, die Gruben zu befahren?

Die Versuchung, das Problem auf diese anscheinend so einfache Weise zu lösen, ist sehr groß. Die Gewerkschaften aber sind mit Recht scharf dagegen. Die Regierung trachtet daher — wie unter anderm auch die kürzliche Rundfunkrede des Brennstoffministers *Shinwell* zeigt —, den Arbeitern verständlich zu machen, daß es sich hier um ein industrielles «Dünkirchen» handelt, daß eine schwere Krise eingetreten ist und daß sozialistischer Aufbau Opfer erforderlich macht. Die Arbeiter sollen nicht gezwungen, sondern durch offene Darlegung der Tatsachen überzeugt werden. In diesem Versuch hat die Regierung die Zustimmung und die Unterstützung der Gewerkschaften.

Regierungs- und Gewerkschaftspolitik laufen einander aber scharf entgegen in der Frage der sogenannten «Dilutees» (wörtlich «Verwässerer»). Um dem Mangel an gelernten und halbgelernten Arbeitskräften, der die Kriegsproduktion ernstlich zu behindern drohte, abzuhelfen, hat die Koalitionsregierung Churchill Ausbildungskurse, vor allem für Metallarbeiter verschiedenster Art, eingerichtet. In diesen Kursen wurden Männer und Frauen aller möglichen Berufsschichten, vom Manicurefräulein bis zum Markthelfer, vom Bankbeamten bis zur Verkäuferin, zu mehr oder minder gut qualifizierten Drehern, Schlossern, Fräsern, Schweißern usw. ausgebildet. Eine ähnliche Ausbildung haben sehr viele Soldaten der mechanisierten Abteilungen der Landstreitkräfte, die Flugzeugwarte und Mechaniker der Luftstreitkräfte, die Matrosen in der Kriegs- und Handelsmarine erfahren. Schließlich haben alle Streitkräfte seit dem Beginn der Demobilisierung Umschulungskurse aller Art für verschiedene Zivilberufe eingerichtet.

Insgesamt sind bisher ungefähr vier Millionen Menschen für neue, wichtigere und besser bezahlte Berufe trainiert worden. Hunderttausende von ihnen haben während all der Kriegsjahre in den Werkstätten und Fabriken Schulter an Schulter an der gleichen Werkbank und für gleichen Lohn mit Männern gefeilt und gehämmert, die schon zwanzig und dreißig Jahre in ihrem Fach arbeiteten. Sie haben anerkannt Vorzügliches geleistet, sie sind den Gewerkschaften beigetreten; aber die Gewerkschaften haben eine Sonderbehandlung dieser Neulinge, dieser «Verwässerer», eingeführt, haben ihnen besonders kenntliche Mitgliedskarten gegeben und sie in ihren Rechten gegenüber jenen Mitgliedern verkürzt, die für den Beruf in der Vorkriegszeit von drei bis sieben Jahren ausgebildet worden waren.

Diese vier Millionen Arbeitskräfte sind für den Wiederaufbau des Landes unbedingt notwendig, und zwar in ihren neuen, qualifizierten Berufen notwendig, sie gehören zu den ganz wenigen Aktivposten dieses Krieges, und die sozialistische Regierung hat alles Interesse daran, sie zu beschäftigen. Die Gewerkschaften aber hindern das bis jetzt; Vollmitglieder der Gewerkschaften wurden bereits zu Streiks veranlaßt, um «Verwässerer» aus den Betrieben zu entfernen; Bauunternehmer wurden bereits gezwungen, Maurer und andere Bauarbeiter — an welchen ein besonders arger Mangel herrscht — zu entlassen; und das nicht etwa, weil die «Verwässerer» die Tariflöhne unterboten hätten, — daran denkt bei dem großen Mangel an Arbeitskräften kein Mensch —, sondern nur, weil sie nicht ein vollwertiges «Union-Ticket» besitzen.

Dieser Konflikt zwischen der engherzigen Handwerkerpolitik der Gewerkschaften und dem Arbeitsprogramm der sozialistischen Regierung ist

vorläufig noch kaum sichtbar geworden, er schwelt noch unter der Oberfläche. Er besteht aber, und er wird in naher Zukunft ausgetragen werden müssen. Denn weder die Kriegsarbeiter noch die demobilisierten Soldaten werden es zulassen, daß sie nun, da die Gefahr vorbei, auf den Kehrhaufen des Arbeitsmarkts geworfen werden.

Damit ist freilich das Problem der Beziehungen zwischen politischem Sozialismus und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nicht erschöpft. Die britische Arbeiterregierung ist infolge der Nationalisierungen drauf und dran, der größte und wichtigste Arbeitgeber im Lande zu werden. Es wäre unfair, zu behaupten, daß die Führer der Gewerkschaften der neuen Situation völlig verständnislos gegenüberstehen; sie erkennen, daß die Erfüllung der negativen Aufgabe einer Verteidigung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder nicht mehr genügt, daß sie nun auch positive Aufgaben, etwa im Zusammenhang mit Organisation und Erhöhung der Produktion, übernehmen müssen, um dem ganzen Land über die nächsten sehr schweren Jahre hinwegzuhelfen; sie wissen, daß manche Unternehmerfunktionen nun von ihnen erfüllt werden müssen; sie verstehen, daß die Regierung uferlose Lohnerhöhungen wegen der Inflationsgefahr nicht zulassen kann.

Aber sie wissen auf der andern Seite, daß sie ihren Einfluß auf die Mitglieder gefährlich schwächen, wenn nicht ganz verlieren, falls sie nicht mit aller Energie deren unmittelbare und brennende Tagesinteressen vertreten. Darin besteht das Dilemma der Gewerkschaften. Wie schwierig ihre Politik ist, hat sich zur Genüge bei dem letzten Dockarbeiter-, wie auch bei dem Bauarbeiterstreik gezeigt, die beide gegen den Willen und gegen den ausdrücklichen Rat der Gewerkschaftsführer stattgefunden haben. Die Streiks haben nur mit einem Teilsieg der Arbeiter geendet, und in den Streikenden ist große Bitterkeit gegen ihre Gewerkschaftsführer zurückgeblieben.

*

Es soll nicht behauptet werden, daß mit dem Vorstehenden mehr als ein überaus bescheidener Ausschnitt aus den Problemen behandelt wurde, die die Umstellung einer sozialistischen Arbeiterpartei von der Rolle der Opposition auf die Rolle der Regierung ans Tageslicht bringt. Die Meutereien in den britischen Luftstreitkräften, die bezeichnenderweise von allen, auch den konservativen, Blättern hier «Streiks» genannt werden, bei denen es aber nicht nur um schnellere Demobilisierung, sondern auch um hochpolitische Angelegenheiten ging («Welches sind denn die Verpflichtungen, die Großbritannien übernommen hat? Warum sollen wir denn weiter kampfbereit und schlagfähig gehalten werden?») wurde gefragt); die Frage der

beschleunigten Demobilisierung, der Arbeitsstreitigkeiten, der Wohnungsbeschaffung, der Lebensmittelpolitik, der Ein- und Ausfuhr — all diese so wichtigen und dringenden Fragen wurden noch nicht erörtert.

Nicht berührt wurden auch die Probleme der Außenpolitik, die Großbritannien heute zu einem Mittelpunkt des Weltinteresses machen. Da sind Persien, Griechenland und Indonesien, da sind der Nahe und der Ferne Osten, da sind Europa und Indien, da sind die Beziehungen dieses Landes zu Amerika, Rußland, Frankreich — die Arbeiterregierung hat das furchtbare Erbe jahrhundertelanger politischer Mißwirtschaft übernommen. Mit übernommen hat sie auch einen Staatsapparat, der vielfach mit Beamten durchsetzt ist, die, herangebildet in Eton und Harrow, aufgewachsen in streng konservativer Umgebung, zu starr und zu verknöchert sind, um sich dem neuen Geist anpassen zu können. Ihre Handlungen, ihr Benehmen, ihre gesellschaftlichen Kontakte stehen in krassem Widerspruch zu der politischen Arbeit einer sozialistischen Regierung. Nicht, daß man die britische Staatsbeamtenschaft in ihrer Gesamtheit einer bewußten und gewollten Sabotage — die in vereinzelten Fällen wohl vorkommen mag — bezichtigen könnte, nein, aber die Beamten können einfach aus ihrer Haut nicht heraus.

An dieser Unzulänglichkeit des «Civil Service» ändert auch der Fleiß des Unterhauses nichts, das jetzt oft bis zwei und drei Uhr nachts tagt; daran ändert auch die Hingabe der Minister nichts, die nächtelang arbeiten und konferieren. Die Reform des ganzen britischen Staatsapparates ist eine überaus dringliche Aufgabe, und diese Reform darf sich nicht nur auf die Verbesserung der Organisation und des technischen Arbeitsvorganges beschränken. Auch der Geist des «Civil Service» muß erneuert werden. Es darf kein Anlaß mehr dazu da sein, daß einem ein Minister etwa sagt: «Schicken Sie mir Ihre Briefe lieber an meine Privatadresse; wenn sie ans Amt adressiert werden, bin ich nicht ganz sicher, ob sie nicht im sogenannten Routineweg erledigt werden, ohne daß ich sie überhaupt zu sehen bekomme.»

Ob die britische Arbeiterregierung sich dessen bereits ganz deutlich bewußt ist, daß imperialistische Außenpolitik mit sozialistischer Innenpolitik nicht vereinbart werden kann, ist noch nicht völlig klar. Klar hingegen ist, daß die Einheit, die in sozialistischer Politik zwischen Reden und Handeln bestehen muß, die unerläßlich ist, wenn sozialistische Politik auf die Dauer Erfolg haben soll, noch nicht vorhanden ist. Die sozialistischen Minister meinen, was sie sagen; ihre ausführenden Organe aber handeln viel zu oft nach der ihnen geläufigen und bequemen Auslegung, manchmal wohl auch nach ihrem eigenen reaktionären Willen. Die Regierung hat noch nicht durchgegriffen, der Umstellungsprozeß im Staatsdienst ist langsam, der Apparat

groß, schwerfällig und unübersichtlich organisiert, ein radikaler Wechsel erfordert viel kostbare Zeit.

Der Wettlauf mit der Zeit muß gewonnen werden. Das Großbritannien der Arbeiterregierung ist die leuchtende Hoffnung des demokratischen Sozialismus der ganzen Welt. Diese Hoffnung darf nicht enttäuscht werden, das wissen auch die britischen Sozialisten. Sie sind optimistisch und voll Vertrauen, das durch die Ergebnisse der bisherigen Nachwahlen gerechtfertigt scheint, da es immer wieder gelingt, die jeweilige sozialistische Mehrheit über die im Juli 1945 erzielte Mehrheit hinaus noch zu vergrößern. Und *Herbert Morrison* bereitet schon die nächste Wahl vor.

Die Schwierigkeiten, mit denen die britische Arbeiterregierung zu kämpfen hat, sind sehr groß. Sie liegen nicht auf dem eigentlichen parlamentarischen Gebiet – nicht die Konservativen sind die wahre Opposition –, sondern innerhalb der Arbeiterbewegung selbst. Auch sind die Hemmungen, die der sozialistischen Politik durch die Übernahme eines zum großen Teil konservativen Staatsbeamtentums erwachsen, nur langsam und schwer zu beseitigen.

Das Tempo, das die Regierung in ihrer gesetzgebenden und verwaltenden Tätigkeit einzuschlagen gezwungen ist, wenn sie ihr Programm erfüllen will, ist atemraubend. Sie muß viel, schwer und schnell arbeiten, will sie den Boden für eine längere sozialistische Regierungsperiode – um nicht zu sagen für den Sozialismus in Großbritannien – vorbereiten. Daß dabei die so verschiedenen Rollen und Funktionen von Regierung und Opposition von einer und derselben Partei, von einer und derselben Arbeiterbewegung übernommen werden müssen, ist ein Phänomen, das weitere Diskussion verdient, da es immer noch nicht genügend geklärt und durchleuchtet ist.

JAKOB METH

Hintergründe der russisch-amerikanischen Spannung

Ein Beitrag zum Kapitel «Öl und Politik»

Seit Anfang des Jahres 1944 wird sehr intensiv über Öl verhandelt. Hauptsächlich zwischen England und den USA, aber man versucht auch, die Sowjetunion zur Teilnahme an den Verhandlungen zu veranlassen. Innenminister Ickes, der kurze Zeit nach Beginn des Krieges Petroleumkoordinator, oder